

01.10.2010 / Feminismus / Seite 15

Die Scheu überwinden

Vor 40 Jahren entstanden die ersten Frauengesprächskreise der Volkshochschulen. Sie standen in der Tradition des Kampfes um den Bildungszugang und politische Teilhabe

Florence Hervé

Bildung für Frauen ist eine relativ junge Errungenschaft. Auch in Europa reicht ihre Tradition kaum mehr als 100 Jahre zurück. Der Zugang zur allgemeinen wie auch zur beruflichen Bildung wurde im 19. Jahrhundert von proletarischen und bürgerlichen Frauenrechtlerinnen erkämpft. Louise Otto-Peters etwa verband die Forderungen nach rechtlicher Gleichstellung und Einmischung der Frauen in die Politik mit dem Zugang der Mädchen und Frauen zu Bildung: »Die Teilnahme der Frauen an den Interessen des Staates ist nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht.«

Clara Zetkin empfahl 1901 die »Werkstubenagitation«, um Frauen für die Mitgliedschaft in Gewerkschaften zu gewinnen: »Sie schafft der Arbeiterin – die durch häusliche Verpflichtungen und Lebensgewohnheiten weniger frei als ihr Kamerad – die Gelegenheit, sich mit ihresgleichen zusammenzufinden zum Gedankenaustausch über Arbeitsbedingungen und Interessen, jene Gelegenheit, die sich dem Mann so reichlich in Vereinen aller Art, ja beim Wirtschaftsgespräch darbietet. Sie löst in Folge ihres intimeren Charakters den Bann der scheuen Zurückhaltung, die die Arbeiterin in großen Versammlungen so oft am Sprechen, an der Vertretung ihrer Interessen und Rechte hindert.«

»Politische Erziehung«

1902 bemängelte die feministische Juristin und Politikerin Anita Augspurg das Desinteresse der meisten Frauen für »politische Zeit- und Streitfragen« und forderte ihre »politische Erziehung«. Helene Stöcker, Friedenskämpferin und Gründerin des Bundes für Mutterschutz, betonte die Notwendigkeit der Einmischung: »Auch wenn wir uns nicht um Politik bekümmern wollen, die Politik bekümmert sich um uns. Sie packt uns unerbittlich, sie schickt uns wieder in die Schützengräben, läßt uns vergasen oder verhungern.«

In der Weimarer Republik, nach der Erringung des Zugangs von Frauen zum Studium und des Wahlrechts, erfuhr die Bildungsarbeit einen Höhepunkt. So wurden gar Kurse zur »veränderten Stellung der Frau« angeboten. Insgesamt wurden Rollenbilder jedoch kaum thematisiert. Bis in die 60er Jahre hinein bereitete die bürgerliche Mädchenbildung vor allem auf die Aufgaben der Gattin, Hausfrau und Mutter vor.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es zunächst einen neuen Aufschwung in der Frauenbildungsarbeit. In der BRD währte er jedoch nicht lange, und bald war die Orientierung auf die berüchtigten drei »K« wieder vorherrschend. Erst im Zusammenhang mit dem erklärten Bildungsnotstand und dem wirtschaftlichen Aufschwung der 60er Jahre, mit der Entwicklung von Reformpolitik und Frauenbewegung wurden die Grundlagen für eine neue Bildungsarbeit gelegt. Erleichternd wirkte hier die Tatsache, daß die Wirtschaft qualifizierte Frauen brauchte. Das Deutsche Industrie-Institut sah 1970 in den Frauen ein »bemerkenswertes, ungenutztes inländisches Arbeitskräftepotential«. Die Berufstätigkeit der Frau sei zudem für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder förderlich. So wurden gar spezielle Programme für die berufliche Wiedereingliederung älterer Frauen gefordert und aufgelegt.

Für Aktivistinnen der neuen Frauenbewegung stand fest: Bildung ist wichtige Voraussetzung für Veränderung

und Befreiung. Ausgegangen wurde von den Erfahrungen der Frauen: Das Private ist politisch. Volkshochschulkurse wurden im Stadtteil angeboten – Kinderbetreuung inklusive. Themen waren unter anderem Erziehung, Schulprobleme, Arbeitslosigkeit, Hausfrauendasein, Muttersein. Die politische Frauenbildung schuf einen Rahmen, in dem Frauen ihren Alltag reflektierten und gemeinsam analysierten. In der kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Lage wurden Möglichkeiten der Bewältigung sichtbar.

Aufbruch in den 70ern

In den Volkshochschulen (VHS) wurde leidenschaftlich über Aufgaben und Ziele der Frauenbildung debattiert. Zu denen, die damals formuliert wurden, gehörte das Bewußtmachen von Diskriminierung, um Voraussetzungen zu ihrer Überwindung zu schaffen; die Förderung der Erkenntnis, daß die individuelle Lage gesellschaftliche Ursachen hat; das Anregen zu Selbstveränderung und Einflußnahme auf das eigene Umfeld, die Entwicklung von Kompetenz und Handlungsfähigkeit.

In Gesprächskreisen, deren inhaltliche Bandbreite von Selbsterfahrungsgruppen bis zu politischen Zirkeln reichte, wurden Frauen motiviert, sich mit allgemein- und lokalpolitischen Fragen zu beschäftigen und in Bürgerinitiativen oder feministischen Gruppen aktiv zu werden. Der erste dieser Kreise entstand 1970 in Frankfurt. In Dortmund wurde ab 1972 ein gesondertes, von der neuen Frauenbewegung gefördertes VHS-Programm aufgebaut. Das Interesse war groß, und sieben Jahre später fand das »Frauenforum im Revier« in Dortmund statt, im März 1979, unter Beteiligung der VHS. Die Veranstalterinnen zählten 5000 Teilnehmerinnen.

Gleichzeitig waren die Widerstände gegen die politische Frauenbildung erheblich. Manche Männer erstürmten die Räume, in denen getagt wurde. Sie konnten sich nicht vorstellen, was ihre Frauen da abends ohne sie machten. In den Medien wurden politische Frauentreffen gezielt als »Damenkränzchen« lächerlich gemacht.

Mitte der 70er waren Frauengesprächskreise normaler Bestandteil des Angebots in den meisten VHS. 1977 bestanden 3000 dieser Kreise in der BRD, ein Jahr später waren es bereits 15000. Ende der 80er Jahre gab es kaum noch Institutionen der Erwachsenenbildung, die keine eigenständigen Angebote für Frauen auswiesen. Bis Mitte der 90er wurden sie noch ausgeweitet.

In den letzten Jahren sind jedoch Einbrüche zu verzeichnen – unter anderem aufgrund der Kürzungen in den öffentlichen Haushalten. Wirtschaftlichkeit und Effektivität sind entscheidend dafür, ob ein Kurs stattfinden kann, nicht mehr pädagogische Erwägungen und emanzipatorische Zielvorstellungen. Fitness- und Sprachkurse sind eben rentabler für die VHS. Dabei werden Frauengesprächskreise als Orte gemeinsamer Reflexion weiter gebraucht. Als Grundlage für partizipative Demokratie, für Emanzipation und für gesellschaftspolitisches Engagement sind sie unerlässlich, zumal Frauen nach wie vor Diskriminierung und Benachteiligung erfahren.